

Antrag

der Abg. Renate Rastätter u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Berufliche Schulen 2009/2010: Unterrichtsdefizit abbauen und bedarfsgerechter Ausbau der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie viel Prozent das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen im Schuljahr 2008/2009 im Vergleich zu den zwei vorherigen Schuljahren beträgt, aufgeschlüsselt nach Schularten, Regierungspräsidien und Kreisen sowie um wie viele Stellen es sich bei diesem Defizit handelt, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken;
2. wie hoch die durchschnittlichen Klassengrößen an den beruflichen Schulen in diesem Schuljahr sind, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken sowie nach beruflichen Teilzeitklassen bzw. den verschiedenen beruflichen Vollzeitklassen;
3. inwieweit die Zielwerte für die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im Landeshaushalt für die vier Regierungsbezirke unterschiedlich sind und inwieweit sie künftig einheitlich ausgestaltet und angehoben werden sollen;
4. wie sie das höhere Defizit bei der Unterrichtsversorgung im RP Karlsruhe im Vergleich zu den anderen RP begründet;

5. inwieweit sie beabsichtigt, im kommenden Schuljahr allen Schülerinnen und Schülern, die die erforderlichen Voraussetzungen mitbringen, einen Platz an einem beruflichen Gymnasium sowie einem BK II (FH) zur Verfügung zu stellen;
6. wie viele zusätzlichen Stellen und Klassen sie den beruflichen Schulen im Schuljahr 2009/2010 für den bedarfsgerechten Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen sowie für das in diesem Schuljahr gestiegene Defizit an den beruflichen Teilzeitschulen zur Verfügung stellen wird, aufgeschlüsselt nach Schularten und Regierungsbezirken;
7. inwieweit sie zumindest dabei anstrebt, die Forderungen des Berufsschullehrerverbands nach zusätzlichen 291 Stellen zu erfüllen;
8. inwieweit es zutrifft, dass derzeit die Zahl der Stellenbewerber für die beruflichen Schulen deutlich steigt, die Schulen aber über keine Stellen verfügen, nicht einmal für die Mangelfächer;

II.

1. zusätzlich zu den an beruflichen Schulen wegen des „Doppelten Bewerberjahrgangs“ genehmigten 30 Klassen die Zahl der Klassen bedarfsorientiert auszubauen, damit alle Bewerberinnen und Bewerber, die die Voraussetzungen mitbringen, im kommenden Schuljahr einen Platz an einem beruflichen Gymnasium oder einem BK I oder BK II (FF) erhalten können;
2. alle Lehramtsbewerber, die ihr Studium und ihren Vorbereitungsdienst abgeschlossen haben, einzustellen;
3. qualifizierte und geeignete Direkteinsteiger für Mangelfächer, für die eine Stellenzulage beschlossen wurde, für das kommende Schuljahr einzustellen und keine Stellen zu streichen;
4. die notwendigen Stellen unverzüglich frei zu geben, damit die Schulen sie ausschreiben und für das Schuljahr 2009/2010 einstellen können und damit verhindert wird, dass geeignete und motivierte Bewerberinnen und Bewerber in andere Bundesländer abwandern.

28. 04. 2009

Rastätter, Lehmann, Neuenhaus, Dr. Murschel,
Dr. Splett, Sitzmann, Lösch, Untersteller, Sckerl GRÜNE

Begründung

An keiner anderen Schulart gibt es seit vielen Jahren ein derart erhebliches strukturelles Defizit bei der Unterrichtsversorgung wie an den beruflichen Schulen. Im Schuljahr 2007/2008 wurde das Defizit zwar erstmals auf den seit langem niedrigsten Wert von 4,4 % reduziert. Doch in diesem Schuljahr stieg das Defizit wieder auf 4,7 %, weil entgegen der Prognose des Statistischen Landesamts der Schülerzuwachs an den beruflichen Schulen 5.623 statt 2.000 betrug. Während die Realschulen für ihren Schülerzuwachs von 1.000 Schülerinnen und Schülern 100 zusätzliche Stellen erhielten und die Gymnasien für 2.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler 395 Stellen, erhielten

die beruflichen Schulen gerade einmal fünf zusätzliche Stellen. Trotz der massiven Verschlechterung der Unterrichtsversorgung erhielten die Schulen keine weiteren Stellen aus dem Kultusministerium zugewiesen. Verschärft wird diese Situation dadurch, dass sich in den letzten Jahren eine „Bugwelle“ von rund 750 Stellen durch Überstunden der Lehrerinnen und Lehrer aufgebaut hat. Das strukturelle Defizit ist unterschiedlich in den vier Regierungspräsidien. Am größten ist es im Regierungsbezirk Karlsruhe. Die Antragsteller wollen erreichen, dass die Unterrichtsversorgung im ganzen Land vergleichbar ausgestaltet und dabei für alle Regierungsbezirke verbessert wird.

Nachdem die Zahlen für die Bewerberinnen und Bewerber für die beruflichen Vollzeitschulen, vor allem für die beruflichen Gymnasien und die Berufskollegs, für das Schuljahr 2009/2010 bereinigt vorliegen, zeigt sich ein erheblicher Bewerberüberhang, der nicht nur auf die doppelte mittlere Reife am Gymnasium (G 8 und G 9) zurückzuführen ist. 34,7 % der Bewerberinnen und Bewerber, die die Voraussetzungen für die Aufnahme ins berufliche Gymnasium erfüllen, haben eine Absage erhalten. Der bereits in den vergangenen Jahren praktizierte Numerus Clausus wurde somit für das kommende Schuljahr deutlich verschärft. Für die Antragsteller steht damit fest, dass mit dieser Entwicklung das baden-württembergische Prinzip im Bildungswesen: „Kein Abschluss ohne Anschluss“ faktisch abgeschafft wird. Vor Ort gibt es deshalb massiven Elternprotest. Eltern protestieren auch gegen die Deckelung der BK II Klassen mit denen die Fachhochschulreife erworben werden kann.

Gerechtfertigt wird die Ablehnung von Schülerinnen und Schülern trotz Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen damit, dass es sich schließlich um „Wahlschulen“ im Gegensatz zu den „Pflichtschulen“ der allgemein bildenden Schularten handle. De facto sind diese Schularten aber fester Bestandteil des Schulsystems geworden. Den Eltern wird bereits vor dem Übergang ihrer Kinder auf die weiterführenden Schulen mitgeteilt, dass diese mit einem Notendurchschnitt von mindestens 3,0 in den drei Kernfächern in ein berufliches Gymnasium überwechseln können. Daraus leiten die Eltern und ihre Kinder zu Recht einen Anspruch auf Aufnahme in ein berufliches Gymnasium nach der mittleren Reife und auf Zugang zu einem BK II (FH) ab. Auch das Kultusministerium betont beständig, dass rund die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen an den beruflichen Schulen erworben wird (Abitur und Fachhochschulreife) und dass die beruflichen Schulen dadurch längst die zweite Säule für den Erwerb allgemein bildender Schulabschlüsse geworden seien.

Zu bedenken ist schließlich, dass die jungen Menschen derzeit alle Chancen haben sollen, in Zeiten der Wirtschaftskrise weitere Qualifikationen zu erwerben. Das betrifft auch die Fachschulen (u. a. Technikerschulen), an denen es ebenfalls einen hohen Bewerberüberhang gibt. Den motivierten und leistungswilligen jungen Menschen dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Auch aus wirtschaftlichen Gründen ist es falsch, jungen Menschen den Weg zu weiteren Qualifikationen oder höherwertigen Schulabschlüssen zu verbauen. Wir brauchen mehr hoch qualifizierte junge Menschen, vor allem nach der Krise, wenn die Konjunktur wieder anspringt.

Deshalb müssen genügend Lehrkräfte für das kommende Schuljahr eingestellt werden. Die Aussage, die zu geringe Zahl der Stellen sei damit zu begründen, dass der Lehrermarkt leer gefegt sei, gilt derzeit nicht mehr. Die beruflichen Schulen berichten über steigende Bewerberzahlen, auch bei Mangel-fächern. Sie können aber weder Stellen ausschreiben noch schulscharf einstellen, weil sie keine Stellen haben und keine Stellen zugewiesen bekommen. Es ist geradezu absurd, dass auf der einen Seite teure bundesweite Werbekampagnen gestartet werden um Lehrkräfte nach Baden-Württemberg zu

locken und auf der anderen Seite diejenigen, die dem Ruf folgen, hier keine Stellen bekommen können, weil es keine gibt.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 20. Mai 2009 Nr. 41–6412.40/76 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie viel Prozent das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen im Schuljahr 2008/2009 im Vergleich zu den zwei vorherigen Schuljahren beträgt, aufgeschlüsselt nach Schularten, Regierungspräsidien und Kreisen sowie um wie viele Stellen es sich bei diesem Defizit handelt, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken;

Der rechnerische Fehlstundenanteil der öffentlichen beruflichen Schulen ist differenziert nach Kreisen, Regierungsbezirken und Land für die Schuljahre 2006/07 bis 2008/09 sowie für das Schuljahr 2008/09 zusätzlich die erteilten Lehrerwochenstunden in der *Anlage 1* dargestellt.

Die Verteilung der zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf die Klassen ist Aufgabe der Schulleitung, wobei nach den Vorgaben des Organisationserlasses die dualen Ausbildungsgänge vorrangig versorgt werden sollen. Durch den unerwartet starken Anstieg der Schülerzahlen in den Teilzeit-Berufsschulen mussten die Schulen zum Teil nach Schuljahresbeginn zusätzliche Klassen bilden, für die keine zusätzlichen Lehrkräfte zur Verfügung standen. Auch ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass die einzelnen Kreise von Lehrkräften unterschiedlich nachgefragt sind. Keine Lehrkraft kann gezwungen werden, ein bestimmtes Angebot anzunehmen.

2. wie hoch die durchschnittlichen Klassengrößen an den beruflichen Schulen in diesem Schuljahr sind, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken sowie nach beruflichen Teilzeitklassen bzw. den verschiedenen beruflichen Vollzeitklassen;

Die durchschnittliche Klassengröße an den beruflichen Schulen im Schuljahr 2008/09 nach Regierungsbezirken und Schularten/Schulgliederungen ist in der *Anlage 2* dargestellt.

3. inwieweit die Zielwerte für die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im Landshaushalt für die vier Regierungsbezirke unterschiedlich sind und inwieweit sie künftig einheitlich ausgestaltet und angehoben werden sollen;

Im Einzelplan 04 sind Zielwerte für die Unterrichtsversorgung an öffentlichen beruflichen Schulen derzeit nicht ausgewiesen.

4. wie sie das höhere Defizit bei der Unterrichtsversorgung im RP Karlsruhe im Vergleich zu den anderen RP begründet;

Die Stellenzuweisung für die beruflichen Schulen erfolgt für alle Regierungsbezirke nach demselben Schlüssel. Alle im jeweiligen Regierungsbezirk freigewordenen Stellen konnten wiederbesetzt werden; die in den vergangenen

Jahren neu an die beruflichen Schulen geflossenen zusätzlichen Stellen wurden nach dem Anteil des jeweiligen Regierungsbezirks an der Schülerzahl verteilt.

Das in der jüngeren Vergangenheit höhere Unterrichtsdefizit im Regierungsbezirk Karlsruhe beruht insbesondere auf einem zuletzt vergleichsweise umfangreichen Ausbau der Bildungsgänge sowie einem vergleichsweise hohen Anteil an Vollzeitklassen.

5. inwieweit sie beabsichtigt, im kommenden Schuljahr allen Schülerinnen und Schülern, die die erforderlichen Voraussetzungen mitbringen, einen Platz an einem beruflichen Gymnasium sowie einem BK II (FH) zur Verfügung zu stellen;

Die beruflichen Gymnasien wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Vom Schuljahr 2000/01 bis zum Schuljahr 2008/09 stieg die Schülerzahl landesweit um 25 % von rund 37.100 auf über 46.300. Entsprechend wurden im selben Zeitraum rund 100 zusätzliche Eingangsklassen eingerichtet. Zum Schuljahr 2009/10 werden 15 neue sozialwissenschaftliche Gymnasien eingerichtet. Auch wurde dafür Sorge getragen, dass infolge der parallelen Bewerbungen aus dem G 8 und dem G 9 die Kapazitäten für die Realschulbewerberinnen und -bewerber im kommenden Schuljahr vollumfänglich erhalten werden. Ähnlich ist die Situation im Bereich der Berufskollegs. Im Zeitraum der Schuljahre 2000/01 bis 2008/09 stieg dort die Schülerzahl um 11.700 bzw. um 37 %; 433 zusätzliche Klassen wurden eingerichtet.

Der tatsächliche Bedarf an Schulplätzen an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs im kommenden Schuljahr ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Erfahrungsgemäß schmilzt der jeweils im Frühjahr eines Jahres hohe Bewerberandrang an diesen Bildungsgängen bis zum Schuljahresbeginn deutlich ab. Viele Jugendliche haben sich mehrfach beworben, auch bringen nicht alle Bewerberinnen und Bewerber letztlich die erforderlichen Zugangsvoraussetzungen mit. Zudem treten nicht wenige Bewerberinnen und Bewerber im Zeitraum zwischen Bewerbung und Schuljahresbeginn eine Ausbildungsstelle im dualen System an.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen wird das Kultusministerium die Schulplätze an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs bei entsprechendem tatsächlichen Bedarf weiter ausbauen.

6. wie viele zusätzlichen Stellen und Klassen sie den beruflichen Schulen im Schuljahr 2009/2010 für den bedarfsgerechten Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen sowie für das in diesem Schuljahr gestiegene Defizit an den beruflichen Teilzeitschulen zur Verfügung stellen wird, aufgeschlüsselt nach Schularten und Regierungsbezirken;

Mit Blick auf die Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, den erwarteten Ausbildungsplatzrückgang und vor dem Hintergrund der verstärkten Bewerbernachfrage bei den Berufskollegs, beruflichen Gymnasien und im Weiterbildungsbereich hat der Ministerrat am 19. Mai 2009 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten im Umfang von 100 Deputaten für die beruflichen Schulen beschlossen. Trotz der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen weiteren Entwicklung hat die Landesregierung damit rechtzeitig Vorsorge getroffen, um zusätzliche Kapazitäten an den beruflichen Schulen bereitzustellen.

7. inwieweit sie zumindest dabei anstrebt, die Forderungen des Berufsschullehrerverbands nach zusätzlichen 291 Stellen zu erfüllen;

Das Kultusministerium hat in den vergangenen Jahren über 1.800 zusätzliche Stellen an den beruflichen Schulen geschaffen und damit nachdrücklich die Bedeutung unterstrichen, die es der beruflichen Bildung beimisst. Auch für das kommende Schuljahr sind die Bedarfe der beruflichen Schulen auf der Basis der Daten des statistischen Landesamtes bei der Lehrerversorgung im Rahmen der vorhandenen Ressourcen berücksichtigt worden. Darüber hinaus hat das Kultusministerium auf den sich abzeichnenden höheren Bedarf aufgrund der wirtschaftlichen Krise frühzeitig reagiert und bereits Anfang April das den beruflichen Schulen zur Verfügung stehende Kontingent um 45 Stellen und Mitte Mai nochmals um 100 Stellen erhöht. Das Kultusministerium wird die Bedarfsentwicklung an den beruflichen Schulen weiter genau beobachten und ggf. über eine zusätzliche Ressourcenzuweisung entscheiden. Richtschnur sind die tatsächlichen sachlichen Erfordernisse.

8. inwieweit es zutrifft, dass derzeit die Zahl der Stellenbewerber für die beruflichen Schulen deutlich steigt, die Schulen aber über keine Stellen verfügen, nicht einmal für die Mangelfächer;

Die Zahl der Lehramtsbewerberinnen und -bewerber für die beruflichen Schulen hat gegenüber dem Vorjahr insgesamt zugenommen. Während die Zahl der Bewerberinnen und -bewerber mit Zweiter Staatsprüfung nach derzeitigem Stand knapp unter dem Vorjahresniveau liegt, ist die Zahl der Direktbewerberinnen und -bewerber deutlich gestiegen. Hierzu haben die von der Kultusverwaltung eingeleiteten Maßnahmen entscheidend beigetragen, unter anderem die im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung beschlossene tarifliche Zulage für Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger in den Mangelbereichen Metall- und Elektrotechnik, die terminliche Vorverlegung der Stellenausschreibungen und die bundesweite Werbekampagne für Lehrkräfte im Februar 2009.

Wie in den Vorjahren wurde den beruflichen Schulen für die Lehrereinstellung 2009 vorab ein vorläufiges Stellenkontingent zugewiesen. Diese Stellen standen für die inzwischen erfolgten schulbezogenen Ausschreibungsverfahren zur Verfügung. Über das endgültige Stellenkontingent für die beruflichen Schulen kann erst nach Auswertung der Lehrerbedarfsberichte der allgemein bildenden Schulen, nach Erhebung der frei werdenden Stellen und aufgrund der sich daraus ergebenden Gesamtbewertung entschieden werden. Im noch ausstehenden Listenverfahren der Lehrereinstellung und im Nachrückverfahren können alle bislang noch unbesetzten Stellen besetzt werden. Trotz des demografischen Schülerrückgangs verbleiben alle frei werdenden Lehrerstellen im Bereich der beruflichen Schulen.

II.

1. zusätzlich zu den an beruflichen Schulen wegen des „Doppelten Bewerberjahrgangs“ genehmigten 30 Klassen die Zahl der Klassen bedarfsorientiert auszubauen, damit alle Bewerberinnen und Bewerber, die die Voraussetzungen mitbringen, im kommenden Schuljahr einen Platz an einem beruflichen Gymnasium oder einem BK I oder BK II (FF) erhalten können;

Um für die zum Schuljahr 2009/10 zusätzlich auftretenden Bewerberinnen und Bewerbern aus dem G 8 ein gleiches Verhältnis Plätze zu Bewerbern zu gewährleisten wie für diejenigen aus dem G 9, wären rechnerisch nur 23 zusätzliche Klassen erforderlich. Die restlichen 7 der 30 vorab genehmigten zusätzlichen Klassen kommen deshalb allen Bewerbergruppen zugute.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen wird das Kultusministerium die Schulplätze an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs bei entsprechendem tatsächlichen Bedarf weiter ausbauen. Im Übrigen wird zur Frage der Bedarfsbewertung auf die Ausführungen bei Ziffer I. 5. verwiesen.

2. alle Lehramtsbewerber, die ihr Studium und ihren Vorbereitungsdienst abgeschlossen haben, einzustellen;

Die Lehrereinstellung hat das Ziel, den fach- und standortspezifischen Lehrkräftebedarf zu decken. Die Bewerberauswahl erfolgt dabei nach den gesetzlich vorgegebenen Kriterien der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung. Um eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen dem jeweiligen Stellenanforderungsprofil und der Qualifikation der eingestellten Lehrkraft zu erzielen, ist es wünschenswert, zumindest in gewissem Umfang eine Auswahl unter mehreren Bewerberinnen und Bewerbern treffen zu können. Eine pauschale Einstellung aller Laufbahnbewerberinnen und -bewerber – losgelöst vom fach- und standortspezifischen Bedarf und unabhängig von der Bewerberqualifikation – wäre nicht sachgerecht.

3. qualifizierte und geeignete Direkteinsteiger für Mangelfächer, für die eine Stellenzulage beschlossen wurde, für das kommende Schuljahr einzustellen und keine Stellen zu streichen;

Der Direkteinstieg ist eine wichtige Maßnahme zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in Mangelbereichen. Aus diesem Grund wurden zur Lehrereinstellung 2009 in den bereits durchgeführten Teilverfahren für schulbezogene Stellenausschreibungen auch Stellen für den Direkteinstieg ausgeschrieben und besetzt. Ebenso ist von weiteren Direkteinstellungen im Nachrückverfahren der diesjährigen Lehrereinstellung auszugehen.

Zur Stellensituation wird auf die Antwort zu Ziffer I. 8. verwiesen.

4. die notwendigen Stellen unverzüglich frei zu geben, damit die Schulen sie ausschreiben und für das Schuljahr 2009/2010 einstellen können und damit verhindert wird, dass geeignete und motivierte Bewerberinnen und Bewerber in andere Bundesländer abwandern.

Das Kultusministerium hat das Lehrereinstellungsverfahren weiterentwickelt, um den Schulen die Möglichkeit zu geben, qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber frühzeitig zu binden. So wurden erstmals bereits im November 2008 Stellen für die Besetzung zum Schuljahr 2009/10 ausgeschrieben. Auch die Ausschreibung für Stellen im ländlichen Raum im Februar eines Jahres und das daran anschließende Hauptausschreibungsverfahren sind so frühzeitig terminiert, dass geeignete und motivierte Bewerberinnen und Bewerber rechtzeitig mit attraktiven Angeboten gewonnen werden können. Ebenfalls zeitlich vorverlegt wurde das Listenauswahlverfahren (noch vor Pfingsten) sowie die schulbezogene Ausschreibung im Nachrückverfahren (bereits Ende Juni). Mit diesen Maßnahmen war Baden-Württemberg in der Konkurrenz bei der Lehrgewinnung außerordentlich früh und seit November 2008 permanent auf dem Arbeitsmarkt für Lehrkräfte präsent.

Zur Stellensituation wird auf die Antwort zu Ziffer I. 8. verwiesen.

Rau

Minister für Kultus, Jugend und Sport

Anlage 1

**Rechnerischer Fehlstundenanteil in den Schuljahren 2006/07 bis 2008/09
sowie erteilte Lehrerwochenstunden im Schuljahr 2008/09 an den öffentlichen beruflichen Schulen**

Kreis/Regierungsbezirk/Land	2006/07	2007/08	2008/09	
	Fehlstunden in % Sollstd.	Fehlstunden in % Sollstd.	Erteilte Lehrer- wochenstunden	Fehlstunden in % Sollstd.
Skr. Stuttgart	5,8%	6,0%	29.103	6,5%
Lkr. Böblingen	4,2%	4,5%	12.575	5,0%
Lkr. Esslingen	1,9%	0,9%	13.478	1,8%
Lkr. Göppingen	3,9%	4,4%	9.899	3,0%
Lkr. Ludwigsburg	5,3%	5,4%	11.124	6,1%
Rems-Murr-Kreis	2,8%	2,4%	11.720	3,9%
Skr. Heilbronn	4,5%	3,9%	12.786	4,1%
Lkr. Heilbronn	5,0%	4,0%	2.223	4,5%
Hohenlohekreis	3,6%	3,5%	5.857	4,0%
Lkr. Schwäbisch Hall	3,4%	3,0%	7.590	3,2%
Main-Tauber-Kreis	3,1%	2,6%	6.764	2,2%
Lkr. Heidenheim	5,3%	4,8%	3.951	3,8%
Ostalbkreis	4,1%	4,2%	13.463	3,7%
Regierungsbezirk Stuttgart	4,2%	4,1%	140.533	4,4%
Skr. Baden-Baden	3,4%	3,9%	2.530	3,7%
Skr. Karlsruhe	4,3%	4,8%	16.126	4,3%
Lkr. Karlsruhe	5,1%	6,6%	11.470	7,7%
Lkr. Rastatt	3,7%	3,3%	8.529	3,9%
Skr. Heidelberg	4,7%	5,4%	7.237	6,2%
Skr. Mannheim	6,9%	6,6%	12.868	6,3%
Neckar-Odenwald-Kreis	4,5%	5,1%	6.457	4,6%
Rhein-Neckar-Kreis	5,0%	6,6%	13.161	5,9%
Skr. Pforzheim	3,7%	3,7%	9.821	6,0%
Lkr. Calw	7,6%	8,3%	6.140	12,3%
Enzkreis	8,6%	7,1%	1.359	10,5%
Lkr. Freudenstadt	5,9%	5,1%	5.188	4,8%
Regierungsbezirk Karlsruhe	5,1%	5,5%	100.886	6,1%
Skr. Freiburg im Breisgau	3,7%	3,6%	14.245	3,4%
Lkr. Breisgau- Hochschwarzwald	4,5%	4,4%	4.226	4,7%
Lkr. Emmendingen	3,8%	4,7%	4.082	3,3%
Ortenaukreis	2,4%	2,7%	15.662	2,5%
Lkr. Rottweil	4,1%	5,9%	5.284	4,2%
Schwarzwald-Baar-Kreis	4,6%	6,2%	11.158	6,5%
Lkr. Tuttlingen	3,1%	4,0%	4.019	3,8%
Lkr. Konstanz	2,8%	1,9%	10.368	1,4%
Lkr. Lörrach	6,2%	4,2%	6.923	4,4%
Lkr. Waldshut	6,9%	5,2%	6.206	5,3%
Regierungsbezirk Freiburg	4,0%	4,0%	82.173	3,8%
Lkr. Reutlingen	3,0%	3,0%	9.903	3,5%
Lkr. Tübingen	2,2%	2,3%	6.644	3,4%
Zollernalbkreis	3,9%	3,8%	7.161	3,5%
Skr. Ulm	4,0%	4,8%	9.818	4,5%
Alb-Donau-Kreis	4,4%	4,4%	3.288	3,0%
Lkr. Biberach	7,6%	7,4%	7.565	5,7%
Lkr. Bodenseekreis	3,8%	1,4%	9.444	2,5%
Lkr. Ravensburg	4,6%	4,2%	11.649	4,7%
Lkr. Sigmaringen	5,2%	4,8%	5.953	4,8%
Regierungsbezirk Tübingen	4,3%	4,0%	71.425	4,0%
Land Baden-Württemberg	4,4%	4,4%	395.017	4,6%

Anlage 2

**Schüler je Klasse an den öffentlichen beruflichen Schulen
im Schuljahr 2008/09 nach Schularten/Schulgliederungen**

Schulart/Schulgliederung	Regierungsbezirk				Land Baden- Württemberg
	Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen	
Berufsschulen	21,8	21,9	22,1	21,8	21,9
Sonderberufsschulen	10,8	11,1	11,5	10,8	11,0
Teilzeitschulen zusammen	21,4	21,5	21,8	21,7	21,6
Berufsschule - Vollzeit ¹⁾	15,4	14,3	17,5	13,0	14,9
Berufsvorbereitungsjahr	13,3	14,6	12,9	11,9	13,4
Berufseinstiegsjahr	16,5	18,2	16,5	15,7	16,8
1jährige Berufsfachschulen	21,7	21,1	21,4	21,2	21,4
Sonderberufsfachschulen	8,0	14,3	9,3	16,0	10,5
2jährige Berufsfachschulen zur Fachschulreife führend ²⁾	23,8	23,1	23,6	23,4	23,5
sonstige Berufsfachschulen	19,6	20,8	18,6	18,2	19,4
Berufskollegs	24,4	24,9	25,0	24,9	24,8
Berufsaufbauschulen	22,6	19,7	17,9	20,8	20,5
Berufsoberschulen (OSt)	26,6	23,3	25,5	20,9	24,7
Berufliche Gymnasien	29,5	29,5	29,0	30,5	29,6
Fachschulen	21,0	20,7	20,2	20,8	20,7
Vollzeitschulen zusammen	27,5	27,1	27,2	27,8	27,4
insgesamt	23,5	23,8	23,9	24,2	23,8

1) Berufsschule in Vollzeitform für landwirtschaftliche Berufe.

2) Einschließlich zur Fachschulreife führende Sonderberufsfachschule.